

Frankfurter Rundschau

FR-SERIE MENSCHENRECHTE UND RELIGION

Debatte - 10 | 12 | 2010

Mit Konfuzius für die Demokratie



Konfuzius, wie er in China verehrt wird, entwarf unter anderem die Goldene Regel, die sich nicht auf ein traditionales Denken reduzieren lässt.

Foto: Getty Images

Von Heiner Roetz

In der Debatte um die Gültigkeit der Menschenrechte wird neben dem Islam auch China gern zum Antipoden des „Abendlandes“ aufgebaut. Das „westliche“ Verständnis der Menschenrechte, so heißt es, sei als Produkt einer spezifischen Tradition mit anderen Kulturen unvereinbar. Wenn die Idee des Menschenrechts auch selten als solche zurückgewiesen wird, wird sie doch immer wieder im Namen kultureller Besonderheiten zurechtgerückt. Zu diesen Besonderheiten soll im Falle Chinas ein Bild des Menschen als eines Gemeinschaftswesens zählen, das dem westlichen atomistischen Verständnis des Menschenrechtssubjekts widerspreche und einen Vorrang kollektiver Rechte vor individuellen begründe.

Dieses Argument findet sich nicht nur in China, sondern auch im Westen, und hier nicht nur in interessierten Kreisen aus Politik und Wirtschaft, die sich ihre Geschäfte nicht durch Menschenrechtsrhetorik stören lassen wollen, sondern auch in der Sinologie. Es trifft insbesondere die bürgerlichen Freiheits- und Partizipationsrechte, die die Grundlage der Demokratie sind. China zu demokratisieren, liefe damit auf seine völlige Verwestlichung und so in den Augen der Skeptiker auf eine Zumutung hinaus.

Konformistische Sklavenmoral

Liu Xiaobo indes, der Initiator der Charta 08 und Träger des Friedensnobelpreises 2010, hat diese Konsequenz ausdrücklich gutgeheißen. Als unbeirrter Befürworter der Demokratie glaubt er zugleich, ein kompromissloser Kritiker der chinesischen Kulturtradition sein zu müssen. Denn diese, so Liu, habe mangels religiöser Transzendenz wenig mehr hervorgebracht als eine konformistische Sklavenmoral. Das beste Heilmittel, China aus seiner Stagnation zu befreien, seien einige Jahrhunderte Kolonialismus nach dem Vorbild Hongkongs.

In Liu Xiaobos provokanten Thesen, die an Traumata rühren und ihn leicht zur Zielscheibe nationalistischer Attacken werden lassen, sind unschwer die Spuren westlicher Theoreme des 19. und frühen 20. Jahrhunderts zu erkennen. So hat er sich denn auch vorbehaltlos zum Modellcharakter des Westens bekannt. Ähnliche Positionen fanden sich unter den Ikonoklasten der „Bewegung des 4. Mai“ (1919), die auf das Ende des Kaiserreiches mit einer radikalen Abrechnung mit der chinesischen Tradition reagierten.

Auch die Volksrepublik China hat in der Bewegung des 4. Mai eine ihrer Wurzeln. Doch hat sie ihren einstigen Anti-Traditionalismus längst durch die Berufung auf die „fünftausendjährige chinesische Geschichte“ ersetzt und, je absurder die sozialistische Selbstdarstellung geworden ist, desto mehr den Konfuzianismus als neue Legitimationsquelle genutzt. So scheint sich Liu Xiaobos Gleichsetzung von Tradition und Despotie zu bestätigen.

Nicht nur "chinesische" Lösungen

Politische Fragen zu kulturellen zu erheben, liegt weltweit im Trend – Chinas Regierung muss sich nur in den westlichen Sozialwissenschaften umhören, wenn sie den „Faktor Kultur“ beschwört. In dieser Konstellation zu verharren, kann allerdings wohl nur Liu Xiaobos Feinden in die Hände spielen. Zweifellos hat seine Absage an jede Romantisierung der chinesischen Tradition etwas Befreiendes, und sie hebt sich wohlthuend von der verbissenen Insistenz ab, dass es für alle Probleme Chinas genuin „chinesische“ Lösungen geben müsse.

Doch lässt sich mit guten Gründen fragen, ob Liu Xiaobo der Gegenseite das Territorium, auf dem sie sich hinter den unverhandelbaren „Werten“ der „chinesischen Zivilisation“ verschanzt, nicht ohne Not überlässt. Denn entgegen seiner Überzeugung dürften sich die historischen Philosophien Chinas zu mehr eignen als zur kulturellen Weihe einer kapitalistischen Parteidiktatur. Sie sollten nicht an kulturalistisches Identitätsmanagement verschenkt werden.

Man kann durchaus der Auffassung sein, dass Menschenrechte und Demokratie, insofern sie sich als regulative Ideen über die Wirklichkeit der Kulturen – im übrigen auch der westlichen – immer schon erheben, grundsätzlich keiner kulturspezifischen Legitimation bedürfen. Doch muss man die Traditionen nicht einfach als zu überwindende Last verbuchen. Sie stehen unter dem Gesichtspunkt einer Menschenrechtskultur sicherlich zur Kritik, können ihr aber auch zuarbeiten, wenn es gelingt, sie nach der Maßgabe jener Regulative auf der Höhe der Moderne neu anzueignen. Genau hier liegt eine zentrale Aufgabe der jeweiligen Geisteswissenschaften (in den Religionen eine Aufgabe der Theologien), falls sie sich denn unbevormundet entfalten können. Von hier aus ergibt sich die Notwendigkeit eines Joint venture zwischen der Begründung der Menschenrechte durch die Philosophie und einer aufgeklärten Rekonstruktion der Traditionen durch die Kulturwissenschaften.

Vom Primat der Moral

In China ist es vom philosophischen Neu-Konfuzianismus des 20. Jahrhunderts bereits einmal in Angriff genommen worden. Zweifellos gibt es hier Spannungen, die nicht zum Verschwinden gebracht werden können, denn alle Traditionen und die mit ihnen verbundenen Lebensformen bleiben gemessen am universalen Anspruch der Menschenrechte partikulare Selbstbehauptungssysteme. Man wird in jedem Fall mit ihnen gegen sie denken müssen – nicht nur der Konfuzianismus, auch das Christentum, das heute selbstgefällig die Menschenrechte auf sein Konto verbucht, ist dafür ein Beispiel. Doch lässt sich das Argument, dass die Forderung nach einer konsequenten und nicht schon zurechtgestutzten Anerkennung der Menschenrechte auf eine kulturelle Nötigung hinauslaufe, sehr häufig zumindest entkräften.

Hilfreich dabei ist eine Hermeneutik, für die sich im Falle Chinas ein reiches Betätigungsfeld bietet. Dies gilt auch für den Konfuzianismus, der mehr gewesen ist als die ordnungsfremde Ethik der Anpassung, die seine radikalen chinesischen Kritiker und der westliche Mainstream in ihm sehen und zu der er sich historisch hat herabwürdigen lassen. Die trotzigten Bekundungen des aufrechten Gangs und die scharfen Denunziationen einer illegitimen Herrschaft, die sich gerade im Frühkonfuzianismus finden, stehen Liu Xiaobos unbeugsamer Haltung näher als der Servilität weiter Teile des späteren konfuzianischen Establishments, die er bei seiner Kritik vor Augen hat.

Der genuine Konfuzianismus – ich beziehe mich vor allem auf die Lehre Mengzis (ca. 370–290 v. Chr.) – hat die Politik unzweideutig dem Primat der Moral unterstellt und nur an dessen Einlösung seine Bereitschaft zur Loyalität bemessen. Er hat Herrschaft ferner, wenngleich er die Monarchie nicht in Frage stellte, von der zumindest passiven Zustimmung der Betroffenen abhängig gemacht. Er hat eine Anthropologie entwickelt, die jedem Menschen die Einsichtsfähigkeit in Richtig und Falsch und die autonome Befähigung zu moralischem Handeln ohne institutionelle Inzuchtnahme zuspricht. In dieser Befähigung hat er eine spezifische „Würde“ gesehen, die die menschliche Natur im

Unterschied zur tierischen auszeichnet und über den von einem Herrscher verliehenen und wieder entziehbaren gesellschaftlichen Würden steht.

Den Menschenrechten nicht fern

Obwohl aus diesen Theoremen aus einer Reihe historischer Gründe, aber auch aufgrund von Widerständigkeiten im Konfuzianismus selber, nie eine Idee des Menschenrechts geformt wurde, stehen sie dieser nicht grundsätzlich fern. Vorausgesetzt ist dabei, dass der moralische Ansatz eingelöst wird und das Menschenrecht nicht besitzindividualistisch auf das Recht des egoistischen Strategen verkürzt wird. Die skandalöse Bilanz, die die westlichen Staaten – man denke nur an den Kolonialismus – sich selbst in Sachen der Menschenrechte vorhalten lassen müssen, dürfte mit einer solchen Verkürzung einhergehen. Liu Xiaobo hat dieses Problem, für das der Konfuzianismus sensibilisieren kann, in seiner allzu enthusiastischen Idealisierung des Westens und noch seines Wirtschaftsliberalismus weitgehend ausgeblendet.

Neben den machtkritischen Lehren ist ein fast immer übersehener und historisch nur wenig zum Tragen gekommener struktureller Zug des klassischen Konfuzianismus wichtig, wenn man nicht nur externe Ressourcen für die Etablierung einer Menschenrechtskultur in China nutzbar machen will. Der Konfuzianismus operiert, nicht durchweg, aber doch in prominenten Teilen seiner Ethik wie Konfuzius' Goldener Regel, Mengzis Ethik des Mitleids und wiederum Mengzis Fundierung der Moral in der menschlichen Natur, in einem anderen Zeitparadigma als das traditionale Denken: Es ist nicht die Vergangenheit, an der sich normatives Denken orientiert, sondern das Hier und Jetzt: der aktuelle gedankliche Rollentausch mit dem Anderen oder der spontane Impuls der natürlichen Anlagen. Nimmt man dies ernst, dann gibt es keine konfuzianische Lizenz, das Neue, wie etwa die Idee der Menschenrechte, schon deshalb zurückzuweisen, weil es angeblich nicht zum Herkommen passt.

Der Mensch ist gut

Allerdings hat dagegen schon früh auch ein konfuzianischer Traditionalismus revoltiert: Hat Mengzi, so das Argument, mit der Behauptung Recht, der Mensch sei schon im natürlichen Status „gut“, dann braucht man zu seiner Orientierung weder die politische Herrschaft noch die Überlieferung. Wieder liegt diese Polemik nicht weit von der entfernt, die heute den Dissidenten Liu Xiaobo treffen soll, wenn er nicht nur als politischer Unruhestifter verfolgt, sondern auch als kultureller Nestbeschmutzer an den Pranger gestellt wird.

Zum Grundanliegen der Charta 08, der menschenrechtlich geschützten Demokratie, gibt es keine Alternative, und es kann keine Frage sein, auf welcher Seite man im Konflikt zwischen Liu Xiaobo und seinen Verfolgern zu stehen hat. Dass die Umsetzung der Demokratie in die Praxis mit vielen gravierenden Problemen verbunden ist, die nicht zuletzt mit der langen Herrschaft der KP zu tun haben, wird niemand bestreiten. Auf einem anderen Blatt steht, dass Demokratie die einzige moralisch rechtfertigbare Herrschaftsform ist, da sie den von Entscheidungen Betroffenen ermöglicht, an ihnen auch zu partizipieren, statt fortwährend von Sozialtechnologien gegängelt zu werden. Man kann dieses Anliegen allerdings auch dann verfolgen, wenn man sich keinem einfachen Ost-gegen-West-Schema verschreibt. Denn dies überließe nicht nur die chinesische Kulturtradition einer plumpen politischen Funktionalisierung, es wäre auch blind gegenüber den Ambivalenzen des Westens.

Artikel URL: <http://www.fr-online.de/kultur/debatte/mit-konfuzius-fuer-die-demokratie/-/1473340/4910296/-/index.html>

Copyright © 2010 Frankfurter Rundschau